

Parteien und ihre Landesverbände: theoretisches Konzept innerparteilicher Demokratie gefragt

Träger, Hendrik: Die ostdeutschen Landesverbände in den Bundesparteien. Personelle, inhaltlich-programmatische und finanzielle Beziehungen (1990-2007), Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u.a. 2011, 546 Seiten, € 79,80.

Schon der Titel dieser umfangreichen Dissertation macht neugierig. *Hendrik Träger* beschäftigt sich zwanzig Jahre nach der Arbeit von *Josef Schmid* über die Landesverbände der CDU mit den innerparteilichen Beziehungen zwischen Landesverbänden und Bundesebene und thematisiert damit eine Forschungslücke, die auch vorliegende Länderanalysen nicht füllen können. Er vergleicht die Entwicklung der ostdeutschen Landesverbände von 1990 bis 2007 von CDU, SPD, PDS/Linke, FDP und Grünen je nach Herkunft, Mitgliederentwicklung, Bundestagswahlergebnissen und Stellung im politischen System der Länder. Im zweiten großen Abschnitt geht er auf die personellen Beziehungen zwischen den Landesverbänden und ihrer Bundespartei ein. Dazu untersucht er die personelle Repräsentation der ostdeutschen Landesverbände unter den Delegierten, im Vorstand, im Präsidium und in den Parteiausschüssen. Die Untertitel („CDU: mit *Angela Merkel* eine Ostdeutsche als Parteivorsitzende“, „SPD: trotz der wenigen Vertreter waren die Ostdeutschen überrepräsentiert“, „PDS/Die Linke: trotz geringer Vertretung eine klare Dominanz der Ostdeutschen“, „FDP: stets Ostdeutsche in der Parteiführung“, „Die Grünen und Bündnis 90/Die Grünen: deutliche Überrepräsentation der Ostdeutschen“) fassen, auf eigener Darstellung in 21 Tabellen fußend, das Ergebnis dieses Abschnitts gut zusammen, zumal auch Unterstützung und Interventionen der Bundespartei in den Blick genommen werden. Den Einfluss auf den inhaltlich programmatischen Willensbildungsprozess leitet *Träger* aus Grundsatz- und Wahlprogrammen, Parteitagsanträgen und personaler Beteiligung von Ostdeutschen in den Gremien der Bundesparteien ab. Außerdem prüft er Aktivitäten der Bundesebene hinsichtlich der Programme der Landesverbände. Danach werden die innerparteilichen Debatten über Koalitionsoptionen und das Verhältnis zu anderen Parteien je Partei abgehandelt. Abgeschlossen wird die Arbeit mit der Untersuchung der finanziellen Beziehungen zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden.

Diese auf den ersten Blick ansprechende Gliederung verliert im Vollzug, weil sie ihre Überzeugungskraft ständig zwischen den Parteien als Folge der funktionalen Betrachtung wechselt.

Der Autor trägt mit Rechenschaftsberichten, Programmen, Anträgen und Parteitagsprotokollen eine Fülle von Material zusammen. Es gelingt ihm, dies in vielen meist nach eigenen Berechnungen erstellten Tabellen übersichtlich zusammenzufassen. Verbleibende Lücken füllt er durch Gespräche mit 49 Beteiligten. Dieser persönliche Kontakt bringt zwar viele Ereignisse auf den Punkt, wird aber nicht so ausgewertet, wie es die Zeitzeugennähe erfordert. Für den Verfasser unerwartete Aussagen wie die von *Kurt Biedenkopf*: „*Kohl* konsultierte mich nicht“ (S. 139) werden relativiert.

Am Abschnitt über die Finanzen der Parteien wird noch deutlicher, wie schwierig es ist, ohne theoretisches Konzept zu forschen. *Träger* stützt sich auf die Rechenschaftsberichte nach dem Parteiengesetz, streift damit aber nur die innerparteilichen Finanzbeziehungen. Aus Mitgliederzahlen werden erst Delegiertenstimmen, wenn für die gemeldeten Mitglieder auch gezahlt wird. Es macht einen Unterschied, ob die Basis den Beitrag einzieht

(CDU, FDP und Grüne) und einen festen Betrag an die Kreis-, Landes- und Bundespartei abgibt, oder der Beitrag wie in der SPD zentral von der Bundespartei eingezogen und nach festen Sätzen und besonderem Bedarf an die unteren Gliederungen abgegeben wird.¹ Bei zentralem Einzug und Einnahmen aus eigenen Betrieben werden keine „schwarzen Kassen“ gebraucht. Ob das System der CDU bis 2000² auch auf die Beziehungen zu den ostdeutschen Landesverbänden angewandt wurde, wird nicht einmal geprüft. Dies läge nahe, denn mit dem Verzicht des Bundesvorstands auf das Vermögen der Blockpartei gerieten die ostdeutschen Landesverbände an den Tropf der Bundespartei. Auch Information über den Umgang mit dem Vermögen – Immobilien, Büros und Druckereien – der Altparteien in FDP und PDS wären wichtig gewesen. So kämen zu den Differenzierungen zwischen Groß- und Kleinparteien, Regierungs- und Oppositionsparteien noch die zwischen den Altparteien und Neugründungen und deren Umgang mit der Vergangenheit.

Im Fazit kann *Träger* uneingeschränkt zugestimmt werden. Die Beziehung der Landesverbände zu ihren Bundesparteien bleibt eine spannende große Forschungsaufgabe. Zu wünschen wäre allerdings ein parteien- und landesspezifischer Zugang, der über statistische Daten hinaus „den Kampf um Karrieren und Interessen, Verfügung über Geld, Personal, Ämter, Sachmittel, Informations- und Kommunikationskanäle“ (S. 20) spiegelt. Dazu müsste auch auf die Bedeutung der Bundestagsabgeordneten eingegangen werden, die mit dem Amt, den Wahlkreisbüros und ihren finanziellen Beiträgen eine nicht zu vernachlässigende Größe für den Einfluss eines Landesverbandes sind. Zu klären wäre des Weiteren, worin die spezifisch ostdeutsche Interessenvertretung besteht, die auch über die nicht einbezogenen Ostberliner Vertreter erfolgte. *Trägers* Dissertation zeigt, wie viele Faktoren in die innerparteiliche Willensbildung eingehen. Sie regt durch ihre Materialfülle in viele Richtungen an und demonstriert, wie dringend ein theoretisches Konzept innerparteilicher Demokratie gebraucht wird.

Ingrid Reichart-Dreyer

- 1 Vgl. „Entscheidungen des Parlaments in eigener Sache“, eine Tagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung, Diskussion der Beiträge von *Hans Hugo Klein*, *Josef Isensee*, *Siegfried Broß* und *Wolfgang Rudzio*, in: ZParl, 31. Jg. (2000), H. 2, S. 441 – 466, S. 461.
- 2 Vgl. *Frank Bösch*, Macht und Machtverlust in der CDU, Stuttgart 2002, S. 185 ff.

Parteien und kommunaler Parlamentarismus: spannende Stadtgeschichte Frankfurts

Tüffers, Bettina: Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz. Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, Band IV, 1946-1989 (Band 24 der Schriften der Frankfurter Historischen Kommission), Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt am Main 2011, 294 Seiten, € 28,-.

Gemeindevertretungen nur als Organe der Selbstverwaltung zu betrachten, greift für *Bettina Tüffers* zu kurz, wie sie mit ihrem zeithistorischen Beitrag zur Geschichte der Kommunalpolitik am Beispiel Frankfurts zwischen 1946 und 1989 zeigt. Rückt man die Rolle der